

Das Pauschbetrags-Placebo

Steuern und Abgaben. Für die meisten Arbeitnehmer ist mehr Netto vom Brutto nur ein schöner Satz – denn in Wahrheit erleben die meisten das Gegenteil. Zwar stellt ihnen der Staat ab 2012 durch den höheren Arbeitnehmerpauschbetrag eine Steuerentlastung in Aussicht, doch die ist so gering, dass sie nicht einmal die bereits in diesem Jahr erhöhten Sozialversicherungsbeiträge aufwiegt.

Die Kosten für das Arbeitszimmer daheim und die Fahrt ins Büro gehören zu jenen Ausgaben, die Arbeitnehmer als Werbungskosten steuerlich geltend machen können. Damit die Steuerzahler nicht zahllose Bagatellbeträge nachweisen müssen, gibt es den sogenannten Arbeitnehmerpauschbetrag, der vom Finanzamt automatisch berücksichtigt wird – egal, ob die Ausgaben tatsächlich angefallen sind oder nicht.

Ab dem Jahr 2012 soll die seit 2004 geltende Werbungskostenpauschale von 920 Euro auf 1.000 Euro steigen. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, denn:

Die Verbraucherpreise sind von 2004 bis 2010 um 11,5 Prozent gestiegen – und damit auch die Werbungskosten.

Tatsächlich müsste die Pauschale sogar auf rund 1.030 Euro erhöht wer-

den, um mit dem allgemeinen Preisanstieg mitzuhalten. Unter dem Stichwort Steuervereinfachung wäre es

zudem sinnvoll, den Pauschbetrag regelmäßig zu erhöhen. Denn ansonsten müssen immer mehr Arbeitnehmer ihre inflationsbedingt gestiegenen Werbungskosten detailliert nachweisen, um ihre Ausgaben beim Finanzamt vollständig geltend machen zu können.

Die geplante Anhebung um 80 Euro wird für alle Arbeitnehmer, deren Werbungskosten die Pauschale nicht übersteigen, ohnehin kaum mehr sein als ein Placebo (Grafik): Ein verheirateter und kinderloser Alleinverdiener mit 30.000 Euro Jahreseinkommen zum Beispiel spart gerade einmal 18 Euro im Jahr, und selbst wer den Spitzensteuersatz zahlt, wird nur um 36 Euro entlastet. Das reicht nicht einmal aus, um die in diesem Jahr gestiegenen Beiträge zur Kranken- und Arbeitslosenversicherung nachträglich zu kompensieren (Kästen Seite 2) – von mehr Netto vom Brutto ganz zu schweigen.

Dagegen bewegt sich der Anteil jener Steuerzahler, die ihre Werbungskosten durch den höheren Pauschbetrag nicht mehr im Detail auflisten müssen, mit 1,4 Prozent aller steu- →

Steuerentlastung: Mehr niedriglich als netto

Um so viele Euro wird ein kinderloser, verheirateter Alleinverdiener pro Jahr durch die Anhebung des Arbeitnehmerpauschbetrags von 920 auf 1.000 Euro entlastet, wenn seine Werbungskosten die Pauschale nicht übersteigen

Bruttolohn/-gehalt	Steuerersparnis
30.000 ▶	18
45.000 ▶	23
80.000 ▶	30
120.000 ▶	36

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · iwwd 2

In dieser Woche

Mittelstand: Die Finanzierungsbedingungen haben sich verbessert – die Firmen stemmen Investitionen zunehmend aus den Einnahmen.
Seite 3

Gewerkschaften: Mit ihrem Eintreten für stärkere Staatseingriffe haben die Gewerkschaften längst nicht alle Arbeitnehmer hinter sich.
Seite 4-5

Sozialleistungen: Bei genauer Betrachtung ist das soziale Netz in Deutschland dichter geknüpft als etwa in Skandinavien.
Seite 6

Großprojekte: Bürgerproteste tragen dazu bei, den Bau von Bahnhöfen, Autobahnen etc. erheblich zu verzögern und zu verteuern.
Seite 7

Internetwirtschaft: Die Branche hat in Deutschland zuletzt fast 46 Milliarden Euro umgesetzt und steht vor einem weiteren Wachstumsschub.
Seite 8

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

Institut der deutschen Wirtschaft Köln



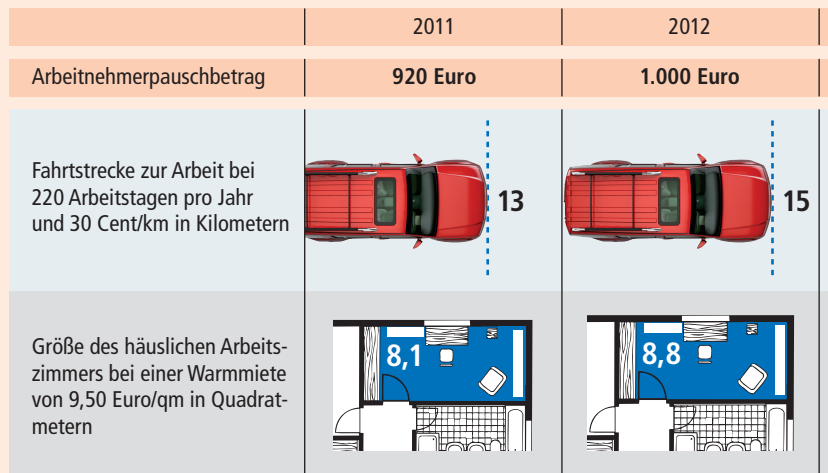
erpflichtigen Arbeitnehmer auf homöopathischem Niveau. Denn die Erhöhung des Pauschbetrags bringt ausschließlich jenen eine Bürokratierparnis, die momentan ganz knapp über der Grenze liegen, wie folgendes Beispiel zeigt: Für einen Pendler verlängert sich durch die Erhöhung die Strecke, die er ohne Einzelnachweis seiner Fahrtkosten abrechnen kann, von 13 auf 15 Kilometer (Grafik). Schon bei 16 Kilometern Wegstrecke muss er seine Werbungskosten hingegen weiterhin einzeln auflisten.

Das heißt im Umkehrschluss: Die meisten, die 2011 ihre Werbungskosten detailliert angeben, müssen dies wohl auch 2012 tun – nämlich jenes gute Drittel der steuerpflichtigen Arbeitnehmer, das Werbungskosten von mehr als 1.000 Euro hat.

Um eben auch diese Arbeitnehmer zu erreichen, sollte eine Steuerentlas-

Werbungskosten: Nur wenig mehr

Das deckt der Arbeitnehmerpauschbetrag beispielsweise ab, ohne dass ein Steuerzahler seine Kosten detailliert auflisten muss



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwed2

tung stets über den Einkommenssteuertarif erfolgen. Denn nur davon profitieren alle Steuerzahler gleichermaßen. Das Ausmaß der Entlastung muss dann freilich mit den finanziellen

Spielräumen in den öffentlichen Haushalten in Einklang gebracht werden – diese sind mit Blick auf die hohe Staatsverschuldung allerdings vorerst ziemlich begrenzt.



Die Krankenversicherung ist teurer ...

Zum 1. Januar 2011 ist der Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung von 14,9 auf 15,5 Prozent erhöht worden. Steigen die Kassenausgaben künftig schneller als die Beitragseinnahmen, werden die Löcher nicht über Beitrags-

erhöhungen gestopft, sondern über kassenindividuelle Zusatzprämien. Ein Sozialausgleich soll die Beitragszahler allerdings vor einer Überforderung schützen.

Die Zusatzprämie sorgt einerseits für Transparenz, denn Prämienunterschiede setzen verschwenderische Anbieter unter Druck, weil die Versicherten zu einer günstigeren Kasse wechseln können. Andererseits schafft die aktuelle Beitragssatzerhöhung ein sattes Finanzpolster bei den Kassen – und vertagt damit das Thema Wettbewerb.

Auch der ergänzende Sozialausgleich hat seine Macken. Zum einen bedeutet er mehr Bürokratie für die Arbeitgeber, zum anderen ist er wenig treffsicher: Der Transferanspruch orientiert sich am beitragspflichtigen Einkommen statt am Gesamteinkommen.



... die Arbeitslosenversicherung auch

Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung ist zum 1. Januar 2011 von 2,8 Prozent auf 3,0 Prozent gestiegen. Die Erhöhung erfolgte planmäßig: Im Aufschwung bis 2008 hatte die Bundesagentur für Arbeit (BA) hohe Überschüsse erwirtschaftet

und verfügte Ende des Jahres über Reserven von 17 Milliarden Euro. Daraufhin senkte die Bundesregierung den Beitragssatz von 3,3 auf – eigentlich – 3,0 Prozent. Da zu diesem Zeitpunkt die Aussichten für den Arbeitsmarkt weiterhin gut schienen, wurde der Beitragssatz per Rechtsverordnung befristet vom Januar 2009 bis Juni 2010 auf 2,8 Prozent ermäßigt.

Angesichts der Finanzkrise wurde die Ermäßigung bis Jahresende 2010 verlängert. Die Bundesregierung wollte so vermeiden, mitten im Konjunkturtal durch eine Beitragssatzsteigerung die Arbeitskosten zu erhöhen und den Arbeitsmarkt so zusätzlich unter Druck zu setzen.

Diese konjunkturelle Stabilisierungsmaßnahme läuft nun aus – das kommt der BA zupass. Denn die hat ihre Reserven verbraucht und der Bund musste 2010 rund 5 Milliarden Euro zuschießen.

Abkehr von den Banken

Industrieller Mittelstand. Anders als noch vor einiger Zeit zu hören, drückt den Mittelstand in Sachen Finanzierung der Schuh nicht mehr ganz so stark. Ihren Hausbanken stellen die kleinen und mittleren Firmen zwar keine guten Noten aus, weil die Kreditvergabe oft verzögert wird. Aber die Unternehmen haben andere Wege gefunden, Investitionen zu finanzieren. Dies ist ein Ergebnis des jüngsten Mittelstandspanels des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI).

Grundsätzlich haben sich die Finanzierungsbedingungen der industriellen Mittelständler in den vergangenen Monaten deutlich verbessert. Im Herbst 2010 meinte immerhin ein Viertel der Unternehmen, dass sie momentan leichter an frisches Geld kommen; ein Jahr zuvor waren es erst 10 Prozent. Umgekehrt beklagten unlängst nur noch 15 Prozent der Mittelständler – vormals waren es 40 Prozent –, dass ihnen die Banken mehr Schwierigkeiten bereiten als früher.

Vor allem drei Punkte gehen den Firmen, die noch immer nicht so leicht an Geld kommen, auf die Nerven. Rund zwei Drittel der Unternehmen klagen, dass es zu lange dauert, bis die benötigten Kredite von der Bank oder Sparkasse fließen. Gut die Hälfte der betroffenen Firmen beschwert sich außerdem, dass sie für Kredite höhere Risikoaufschläge als früher akzeptieren müssen. Knapp die Hälfte sieht sich außerdem mit wachsenden Dokumentationspflichten konfrontiert; auch müssen die Unternehmen mehr Sicherheiten für die Kredite herbeibringen.

Dass sich der Ärger der kleinen und mittleren Betriebe über die Kreditinstitute gleichwohl in Grenzen hält, hat einen Grund. Viele mittelständische Unternehmen haben in der vergangenen Krise ihre Finanzierungsstrategie geändert: Im Herbst 2009 planten zwei Drittel aller befragten Firmen bereits, die Abhängigkeit von ihrer Hausbank zu verringern oder weniger Bankkredite aufzunehmen. Ein Jahr später hatten tatsächlich 80 Prozent der betreffenden Unternehmen entsprechende Maßnahmen eingeleitet.

Am häufigsten werden nunmehr Investitionen aus den laufenden Einnahmen gestemmt – vier von zehn Unternehmen finanzieren neuerdings etwa den Kauf einer Maschine aus der Kasse.

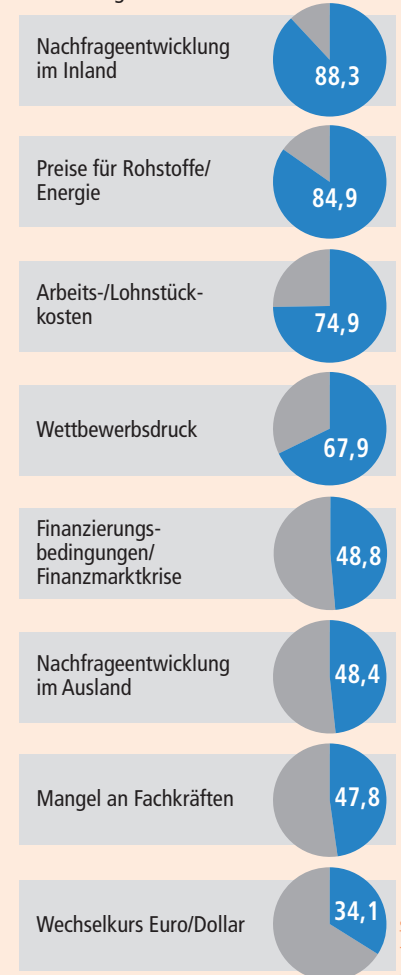
Mindestens genauso wichtig wie das Thema Finanzierung sind für die mittleren Unternehmen weitere Trends – ob die Nachfrage im Inland 2011 wirklich anzieht oder ob die Rohstoffpreise demnächst kräftig steigen (Grafik). Die Hälfte der mittelständischen Unternehmen plagen überdies Nachwuchssorgen.

Nahezu 80 Prozent der Betriebe, die derzeit Mitarbeiter suchen, haben Probleme bei der Besetzung freier Stellen.

Dabei sind nicht nur Ingenieure knapp. Sechs von zehn Industriebetrieben, die dringend Nachwuchs brauchen, finden auch kaum Fachkräfte mit Berufsausbildung. Die Bewerber bringen nicht die Qualifikationen mit, die benötigt werden, klagen drei von vier Firmen. Jeder dritte Personalchef moniert darüber hinaus, dass die Kandidaten nicht sonderlich motiviert sind.

Mittelstand: Der heimische Markt zählt

So viel Prozent der befragten Mittelständler sehen diese Faktoren für die Zukunft des Unternehmens als wichtig oder eher wichtig an



Mehrfachnennungen
Befragung von 1.189 Industriebetrieben im Herbst 2010
Quelle: BDI-Mittelstandspanel

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 2

Der Mittelstand

Kleine und mittlere Betriebe beschäftigen per Definition zwischen 10 und 500 Personen. Sie stellen in Deutschland mehr als drei Viertel aller Arbeitsplätze und acht von zehn Ausbildungsplätzen. Die mittelständischen Unternehmen exportieren nur halb so viele Waren und Dienstleistungen wie Großunternehmen. Dadurch sind Mittelständler in besonderer Weise auf die heimische Nachfrage angewiesen; als Zulieferer der Großen sind sie aber trotzdem abhängig vom Weltmarkt.

Klassenkampf-Rhetorik bringt

Gewerkschaften. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die großen Einzelgewerkschaften versuchen, bei ihrer Klientel zu punkten, indem sie medienwirksam für stärkere Staatseingriffe wie einen gesetzlichen Mindestlohn und für eine stärkere Umverteilung eintreten. Damit haben sie aber längst nicht alle Arbeitnehmer hinter sich. *)

Nur noch knapp ein Fünftel der Arbeitnehmer in Deutschland ist gewerkschaftlich organisiert. Laut der aktuellen Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) sind vor allem im Osten die Genossen rar (Grafik). Zudem hängt es offenbar vom Job ab, ob Beschäftigte einer Gewerkschaft beitreten oder nicht. So sind Beamte überdurchschnittlich, Angestellte dagegen unterdurchschnittlich oft in den Arbeitnehmervertretungen präsent.

Außerdem liegt der Organisationsgrad bei den Beschäftigten zwischen 18 und 29 Jahren um fast 3 Prozentpunkte höher als bei den 30- bis 39-Jährigen. Vor allem in Westdeutschland stehen Gewerkschaften bei Jüngeren wieder besser im Kurs.

IG Metall, ver.di und Co. haben sich in den vergangenen Jahren generell sehr bemüht, den Mitgliederschwund zumindest zu bremsen. Die jüngste Wirtschaftskrise hätte ihnen sogar Aufwind verschaffen können: Unternehmerisches Gewinnstreben ist manchem suspekt geworden; die Idee der Solidarität gewinnt mehr Freunde. So hält, wie die ALLBUS-Umfrage zeigt, die große Mehrheit der abhängig Beschäftigten viel von einem Staat, der mit ordnender Hand in weite Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft eingreift (Grafik Seite 5):

Soziale Sicherung. Organisierte wie unorganisierte Arbeitnehmer stehen mit überwältigender Mehrheit hinter dem Sozialstaatsprinzip. Die Organisierten sind noch stärker davon überzeugt als

die Unorganisierten, dass der Staat Risiken wie Krankheit und Arbeitslosigkeit solidarisch abfedern soll: Stolze 86 Prozent sehen die soziale Sicherung als das wichtigste Ziel der Regierungspolitik an; von den Nichtorganisierten sind es 84 Prozent.

Umverteilung. Die Frage, ob Einkommen und Wohlstand über finanz- und sozialpolitische Eingriffe zugunsten der „einfachen Leute“ umverteilt werden sollten, wird von mehr als zwei Dritteln aller Arbeitnehmer bejaht – weniger als ein Fünftel lehnt die staatliche Umverteilung ab.

Staatseingriffe. Auch die Frage, ob sich der Staat aus der Wirtschaft heraushalten soll oder nicht, ergibt ein klares Meinungsbild. Während 20 Prozent der Gewerkschafter und 26 Prozent der übrigen Arbeitnehmer einen passiven Staat bevorzugen, spricht sich in beiden Gruppen die Mehrheit für einen aktiven Staat aus.

Die Resonanz auf die Globalisierungskritik von ver.di und Co. ist dagegen geteilt:

Weltmarktöffnung. Zwei von fünf Gewerkschaftern glauben, dass offene Weltmärkte den Wohlstand mehren – ebenso viele zweifeln aber daran. Von den Nichtorganisierten ist hingegen jeder Zweite ein Globalisierungsbekennender und nicht einmal jeder Dritte ein Kritiker.

Gewerkschaftspolitiker sind also gut beraten, sich mit pauschaler Globalisierungsschimpfe zurückzuhalten. Schließlich ist Deutschland eine ausfuhrorientierte Industrienation. Und gerade die Industriegewerkschaften wissen, dass die Exporterfolge in Deutschland zahlreiche gut bezahlte Industriejobs garantieren.

Beamte überdurchschnittlich organisiert

So viel Prozent der Arbeitnehmer waren im Jahr 2008 Gewerkschaftsmitglieder

	Westdeutschland	Ostdeutschland	Insgesamt
Männer	22,6	15,0	20,6
Frauen	18,5	16,6	17,9
Vollzeit	22,1	15,9	20,2
Teilzeit	15,3	15,1	15,2
Beamte	28,1	18,8	26,8
Angestellte	18,0	18,7	18,2
Arbeiter	23,0	11,6	19,0
18 bis 29 Jahre	20,8	7,8	17,1
30 bis 39 Jahre	14,8	12,7	14,2
40 bis 49 Jahre	20,0	13,8	18,3
50 Jahre und älter	26,7	22,3	25,5
Alle Arbeitnehmer	20,8	15,6	19,3

Befragung von 3.469 Personen von März bis August 2008
 Ursprungsdaten: ALLBUS (Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften)

Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 2

nichts

Beim Thema Lohn stehen sich sowohl in den Gewerkschaften als auch bei den Nicht-Organisierten zwei gleich große Gruppen gegenüber: Die eine stimmt der sinngemäßen Aussage „Wer mehr leistet als andere, soll auch mehr verdienen“ zu, die andere lehnt sie ab. Mit der tatsächlichen Lage ist indes kaum ein Arbeitnehmer zufrieden: Vier Fünftel der Gewerkschaftsmitglieder und gut drei Viertel der Nichtmitglieder sind mit den sozialen Unterschieden in Deutschland keineswegs einverstanden.

Der Aussage, dass Rangunterschiede zwischen Menschen akzeptabel sind, weil sie im Wesentlichen ausdrücken, was man aus seinen Chancen gemacht hat, stimmt in beiden Arbeitnehmergruppen jeweils knapp die Hälfte (47 Prozent) zu. Damit halten sich Befürworter und Skeptiker des Wettkampfgedankens fast die Waage.

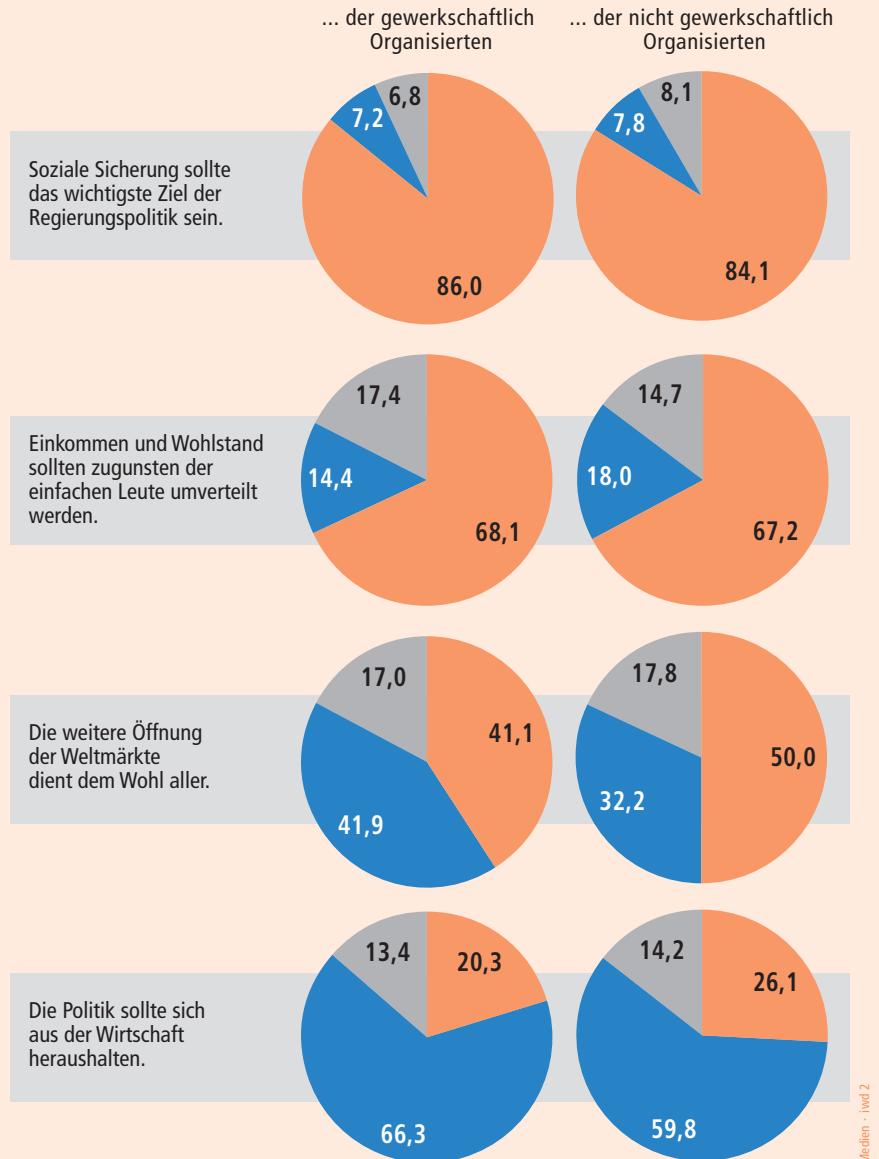
Eine undifferenzierte Klassenkampf-Rhetorik würde also nicht nur potenzielle Mitglieder verprellen, sondern auch einen erheblichen Teil der organisierten Anhänger.

*) Vgl. Hendrik Biebeler, Hagen Lesch: Arbeitnehmerinteressen und Gewerkschaftsprogrammatik – Was sagt die Empirie?, in: IW-Trends 4/2010

Gewerkschafter: Soziale Sicherung ist wichtig

So viel Prozent ... stimmten 2008 dieser Aussage

■ zu ■ nicht zu ■ weder noch



Befragung von 1.238 Arbeitnehmern von März bis August 2008
Ursprungsdaten: ALLBUS (Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften)

IW Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 2



Darwin und die Automobilindustrie

Als der Naturforscher Charles Darwin 1882 starb, hatte das erste Auto seine Heimat, eine schwäbische Tüftlerwerkstatt, noch nicht verlassen. Dennoch lässt sich aus Darwins Erkenntnissen über natürliche Selektion bzw. „Survival of the fittest“ einiges über den Zustand und die Zukunft der Automobilindustrie lernen – denn auch hier herrschen Überlebenskampf und Auslesewettbewerb. Das ist die Grundthese des Buches „Darwins Gesetz in der Automobilindustrie“ von Helmut Becker, ehemaliger Chefvolkswirt von BMW und profiliertes Kritiker der deutschen Autohersteller. Er erläutert, welche Marken die besten Chancen haben und warum

es der heimischen Automobilwirtschaft gelingen kann, den immer schärfer werdenden Wettbewerb zu überstehen. Generell schneiden die deutschen Hersteller mit ihrer „artenreichen“ Mischung aus Herstellern und Zulieferern ziemlich gut ab. Ein Grund: Die Innovationskraft der Branche sowie ihr hoher Exportanteil von 70 Prozent.

Thomas Puls

Helmut Becker: Darwins Gesetz in der Automobilindustrie, Springer Verlag, Heidelberg 2010, 302 Seiten, 39,95 Euro, ISBN 978-3-642-12084-8

Fürsorgliches Deutschland

Sozialleistungen. Im internationalen Vergleich kann sich der deutsche Sozialstaat sehen lassen. Berücksichtigt man nicht nur die Summe der Sozialleistungen, sondern auch, was sich der Staat davon über Steuern und Abgaben zurückholt, dann ist das soziale Netz sogar dichter geknüpft als in den skandinavischen Wohlfahrtsstaaten.

Die Aufwendungen für das Gesundheitssystem, die Renten, das Arbeitslosengeld sowie für Leistungen etwa an Familien und Bedürftige sind zuletzt noch deutlich gestiegen:

Im Jahr 2009 summierten sich die staatlich veranlassten Sozialleistungen auf 754 Milliarden Euro – rund 30 Milliarden Euro mehr als ein Jahr zuvor.

Dazu haben unter anderem die mit der Ausweitung der Kurzarbeit verbundenen Kosten beigetragen – insgesamt verzeichnete die Bundesagentur für Arbeit 2009 ein Ausgabenplus von 11 Milliarden Euro. Gerade diese Abfederung der Wirtschaftskrise spricht für einen funktionierenden Sozialstaat.

Dass das soziale Netz hierzulande dicht gewebt ist, zeigt auch ein internationaler Vergleich. So betragen die deutschen Bruttosozialleistungen nach OECD-Abgrenzung im Jahr 2007 gut 25 Prozent der Wirtschaftsleistung (Grafik/Kasten) – ein Wert, der nur von Frankreich und Schweden deutlich übertroffen wurde.

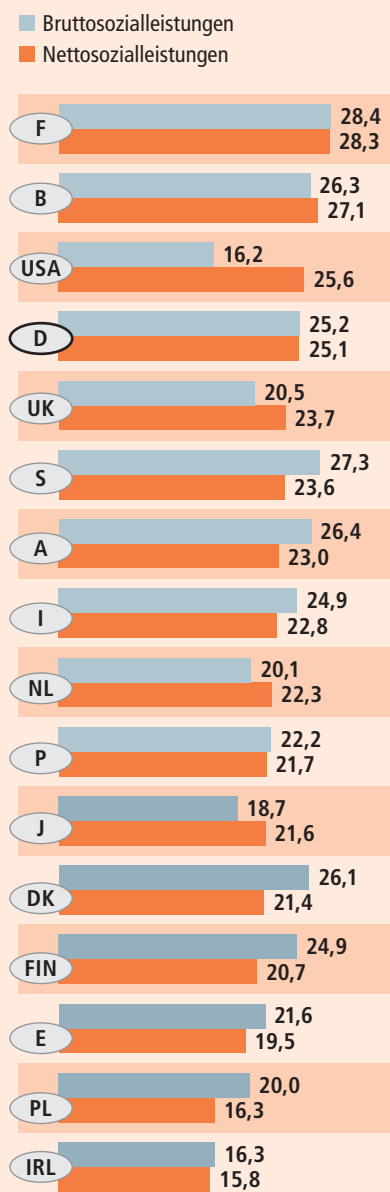
Aussagekräftiger ist allerdings der Vergleich der Nettosozialleistungen. Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt war 2007 in der Bundesrepublik zwar fast exakt so hoch wie der Anteil der Bruttoleistungen, die Rangfolge der Industriestaaten ist in der Nettobetrach-

tung allerdings eine ganz andere – aus verschiedenen Gründen:

- **Die Abgaben auf Sozialleistungen** fallen in Deutschland eher gering aus – auch wenn z.B. Rentner Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung zahlen und ihre Altersbezüge unter bestimmten Voraussetzungen versteuern müssen. Andere Staaten langen jedoch viel stärker zu. In Dänemark etwa sind selbst vom Arbeitslosengeld Steuern und Sozialbeiträge zu zahlen. Ähnliches gilt für Schweden und Finnland.
- **Die Mehrwertsteuer** macht keine Unterschiede zwischen Empfängern von Sozialleistungen und gut verdienenden Beschäftigten. An der Supermarktkasse greift der Staat allen Bürgern gleich stark in die Geldbörsen.
- **Die steuerliche Förderung freiwilliger Vorsorge** spielt vor allem in den USA eine Rolle. Daher liegt die Nettosozialleistungsquote dort über der Bruttoquote. So gab es bisher zwischen Los Angeles und New York keine gesetzliche Krankenversicherung, und generell ist das Sozialsystem in den USA weit weniger über staatliche Träger organisiert als in Europa. Stattdessen werden die Amerikaner auf verschiedene Weise steuerlich gefördert, wenn sie sich privat versichern.

Sozialleistungen: Frankreich gibt am meisten

in Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2007



Quelle: OECD

17 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 2

Sozialleistungen – Eine Frage der Definition

Zu den sozialpolitischen Leistungen zählen u.a. gesetzliche Renten und Pensionen, Leistungen des Gesundheitssystems, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe sowie die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall. Addiert man jene Leistungen, die die einzelnen Staaten direkt gewähren oder per Gesetz veranlassen, erhält man die **Bruttosozialleistungen**. Aussagekräftiger – etwa für einen internationalen Vergleich – sind jedoch die **Nettosozialleistungen**. Diese unterscheiden sich von den Bruttobetragen zum einen dadurch, dass sie jene direkten und indirekten Abgaben berücksichtigen, die auf Sozialleistungen zu zahlen sind. Zum anderen erfassen die Nettosozialleistungen auch die steuerliche Förderung, die der Staat jenen Bürgern gewährt, die sich freiwillig privat gegen soziale Risiken absichern.

Teure Verzögerungen

Großprojekte. Autobahnen, Brücken, Stromnetze, Flughäfen, Bahnhöfe – über solche Großprojekte kommt es mit den Bürgern oft zum Streit. Prominentes Beispiel: In Stuttgart lehnen „Wutbürger“ den neuen Bahnhof ab – auch weil die Kosten gegenüber den Planungen stark gestiegen sind.

Dabei sind es unter anderem solche Proteste, die die Durchführung großer Infrastrukturvorhaben verzögern. In Stuttgart etwa ist das Bahnhofprojekt mittlerweile auf 24 Jahre angesetzt, beim Riederwaldtunnel bei Frankfurt sind es sogar fast 30 Jahre. Und je mehr Zeit zwischen den ersten Planungen und der Fertigstellung vergeht,

desto teurer werden die Baumaßnahmen erfahrungsgemäß (Grafik).

Der Bau der A 44 zwischen Kassel und Eisenach sollte zu Beginn der Planungen in den 1990er Jahren rund 920 Millionen Euro kosten – jetzt sind es 1,4 Milliarden Euro.

Auch die umstrittene, obwohl von den Bürgern 2005 abgesegnete Dresdener Waldschlösschenbrücke wird um 42 Millionen Euro teurer als zunächst veranschlagt.

Zwar bieten Bürgerbegehren auf kommunaler Ebene die Möglichkeit, gegen Beschlüsse der Kommune vorzugehen – oder das Projekt zu befürworten. Immer häufiger werden öffentliche Großprojekte jedoch von Protest-

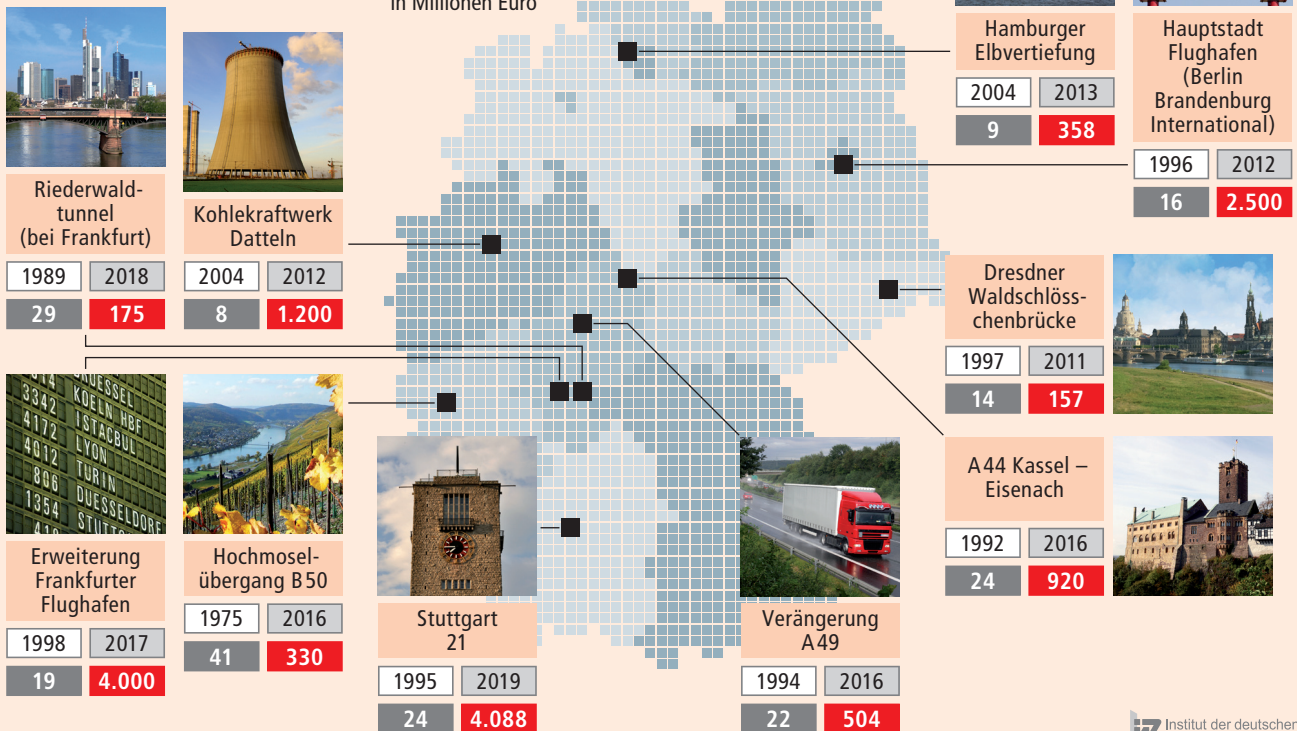
bewegungen aufgehalten oder gestoppt, obwohl alle rechtsstaatlichen Genehmigungsverfahren durchlaufen sind.

Dabei ist die Beteiligung der Bevölkerung zwingend vorgeschrieben – die Planungsunterlagen werden offengelegt, Kritik und Widerspruch sind möglich. Im besten Fall steht am Ende eine von allen Seiten akzeptierte Entscheidung.

Das Internet kann helfen, um die Bevölkerung früh und stärker einzubinden – wie etwa beim Ausbau des Frankfurter Flughafens. Parallel zu den Planungen wurde ein regionales Dialogforum für die betroffenen Bürger und Kommunen ins Leben gerufen, das über den Fortgang informiert.

Großprojekte: Jahrzehntelange Planungen

- Jahr der ersten Planungen
- Jahr der voraussichtlichen Fertigstellung
- Dauer in Jahren
- geplante Kosten in Millionen Euro



Quelle: IW-Zusammenstellung

45,7

Milliarden Euro setzten Unternehmen der Internetwirtschaft in Deutschland im Jahr 2008 um, indem sie ...

... Onlinehandel, -marketing und -plattformen betrieben

27,0

... digitale Netze bereitstellten und betrieben

17,0

darunter:

Festnetzinternet	13,1
Mobiles Internet	2,0

... Dienstleistungen (z.B. Anwendungsprogramme) direkt über das Internet anbieten

1,7

Ursprungsdaten: Arthur D. Little, Die deutsche Internetwirtschaft 2009-2012

Das Web-Wunder

Internetwirtschaft. Unternehmen, die digitale Netze betreiben oder Dienstleistungen über das Internet anbieten, haben in Deutschland zuletzt nahezu 46 Milliarden Euro umgesetzt. Die Branche steht vor einem weiteren Wachstumsschub.

Chatten, googeln, mailen: Die Nutzung des Internet ist für immer mehr Menschen so normal wie Naseputzen. Allein zwischen 2009 und 2010 wuchs in der Bundesrepublik die Zahl der Menschen, die das World Wide Web für sich entdeckten, um rund zwei Millionen an. Unterm Strich sind mittlerweile 72 Prozent der Bevölkerung in Deutschland auf der Datenautobahn unterwegs.

Die rasante Verbreitung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien beeinflusst jedoch nicht nur den privaten Alltag, sondern auch das Wirtschaftsleben. So erzielen laut Statistischem Bundesamt jene Unternehmen, die zusätzlich zu ihren herkömmlichen Vertriebskanälen eine Online-Verkaufsplattform betreiben, im Durchschnitt 35 Prozent des Gesamtumsatzes über das Internet. Die Bedeutung des Onlinehandels, auch E-Commerce genannt, wird nach Ansicht von Experten künftig noch weiter zunehmen.

Schon heute macht die Internetwirtschaft – hierzu zählen alle Unterneh-

men, die entweder digitale Netze betreiben oder Dienstleistungen direkt über das Internet anbieten – den meisten Umsatz mit E-Commerce (Grafik):

Im Jahr 2008 setzte die Internetwirtschaft in Deutschland annähernd 46 Milliarden Euro um, wobei fast die Hälfte im Onlinehandel erzielt wurde.

Insgesamt steuerte die Internetwirtschaft im Jahr 2008 damit 0,9 Prozent des gesamtwirtschaftlichen Umsatzes in Deutschland bei. Doch das Web-Wunder sorgt nicht nur für klingelnde Kassen, auch in puncto Beschäftigung kann sich die Branche sehen lassen: Rund 250.000 Mitarbeiter sind schätzungsweise derzeit in der deutschen Internetwirtschaft beschäftigt, wobei auch hier die meisten Menschen im E-Commerce-Segment ihr Geld verdienen dürften.

Ein Ende des Internetbooms ist nicht in Sicht. Im Gegenteil: Dem Beratungsunternehmen Arthur D. Little zufolge kurbelten vor allem Social Networking – der Austausch von Informationen über Onlineplattformen – und das mobile Internet das Wachstum der Branche weiter an. Großes Potenzial birgt nach Expertenmeinung auch „Open Innovation“. Hierunter versteht man die Möglichkeit, beispielsweise auch Lieferanten oder Kunden aktiv in die unternehmerische Ideenfindung einzubeziehen.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistent: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich

Bezugspreis: € 8,30/Monat inkl. Mehrwertsteuer, zzgl. € 3,01 Versandkosten

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Bercker Graphischer Betrieb GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.